



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 29. April 2019**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

## **32. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr.  
Ende der Sitzung: 17.36 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 31. Sitzung des Gemeinderates vom 18.03.2019 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.  
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

## **Anw e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß  
3. Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):  
Margarete Josseck-Herdt

Gemeinderäte:

Christian Fila	DI. Gunter Haydinger	Christiane Kroiß
Dietmar Marehard	Mark Paulusberger	Elke Ruetz
Egon Schatzmann	Ralph Schäfer, BSc	Ronald Schiefermayr
Ingo Spindler	Olivera Stojanovic, BSc	Georg Taitl

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner                                  Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat	Stefan Ganzert	
Mag. Daniela Schindler	Laurien Scheinecker, BA	KR. Karl Schönberger
Barbara Wildfellner	Mag. Phil. Mato Simunovic	Christian Kittenbaumer

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar	Stefan Haböck	
Sybille Prähofer	Markus Wiesinger	Walter Zaunmüller

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer	Mag. Walter Teubl	Mag. Peter Sönsler
-----------------------------	-------------------	--------------------

### **NEOS**

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

**Vom Magistrat:**

MD Dr. Peter Franzmayr  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

**Schriftführer:**

W.OAR. Inge Maderthaler  
Helga Rosenberger

**Entschuldigt:**

GR. Sandra Wohlschlager, GR. Mag. Bernhard Humer, GR. Augustine Hacker

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 17.04.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Stadträtin Margarete Josseck-Herd  
betreffend Hortbeiträge  
Verf-015-W-9-2019/1

StR. Josseck-Herd: Die Anfrage der Gemeinderatskollegin MMag. Rumersdorfer vom 05.03.2019 möchte ich heute gerne beantworten, und zwar geht es um die Verrechnung der Hortbeiträge, indirekt geht es auch um die Kindergarten- und Krabbelstubenbeiträge.

1. Wann kam es zum ersten Ausbleiben einer Abbuchung? Wie viele und welche Monate wurden verspätet abgebucht?

Antwort: Vom Februar 2018 bis Februar 2019 gab es größere, aber auch viele kleinere Verzögerungen.

2. Was war der Grund für das Ausbleiben der Vorschreibung/Abbuchung?

Antwort: Bis zum Jänner 2018 wurden die Vorschreibungen im Vorhinein durchgeführt. Mit Februar 2018 wurde das Vorschreibungssystem auf nachträgliche Verrechnung der tatsächlich konsumierten Leistungen inklusive Essen umgestellt. Zusätzlich wurden die Nachmittagstarife eingeführt. Diese Arbeiten sollten mit dem 2017 bestellten Softwaresystem durchgeführt werden. Leider stellte sich heraus, dass dieses System unseren Anforderungen nicht entsprach. Die Abwicklung nach der bisherigen alten Veranlagung war jedoch auch nicht möglich. Mit Februar 2018 wurde durch die Tarifänderung eine Aufarbeitung der Bemessungsgrundlagen für die Verrechnung in den Kindergärten notwendig. Die daraus resultierenden Mehrkosten für die Familien führten zu Änderungswünschen in der Betreuungszeit und zur Inanspruchnahme der Förderung durch die Stadt Wels. Das Beibringen von Unterlagen, wie Beschäftigungs- und Einkommensnachweise, und die Korrekturen der Daten für eine weitere Verarbeitung stand daher an oberster Stelle. Die IT musste

in dieser Zeit sowohl eine neue Abrechnung und Änderung der Modalitäten incl. der komplexen Rollung der Daten programmieren. Mehrere hundert Änderungswünsche von Eltern pro Monat wurden in diesem Zeitraum verarbeitet und manuell konstruiert.

3. Wurden die Eltern über das Ausbleiben der Abbuchung informiert?
  - a) Wenn ja, wann und in welcher Form?
  - b) Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Die Eltern wurden mit einem Brief informiert, dass ab Februar die Leistungen der Kinderbetreuung im Nachhinein vorgeschrieben werden. Allerdings rechnete man damals nur mit einer geringen Verspätung. Nachdem sich die Verrechnung für März verzögerte und die April-Abrechnung noch später gemacht werden konnte, wurden die Eltern auf der April-Vorschreibung zusätzlich informiert mit folgenden Worten: „Sehr geehrte Eltern! Durch massive IT-Probleme kommt es weiter zu Verzögerungen bei der monatlichen Verrechnung. Mit dieser Vorschreibung wird der Monat April verrechnet. Der Monat Mai wird in den nächsten 14 Tagen zur Verrechnung kommen. Die Monate Juni und Juli werden in weiterer Folge bis spätestens Anfang August zur Vorschreibung gelangen. Wir entschuldigen uns für diese Unannehmlichkeiten“.

Da es in der Folge noch zu weiteren Verzögerungen kam, wurden in den folgenden Monaten ähnliche Informationen verschickt. Diese kamen auch zum Aushang in den Kindergärten.

4. Ist bekannt, dass Eltern aufgrund von Nichtwissen über noch ausstehende Abbuchungen in Zahlungsrückstand geraten sind?

Antwort: Es ist zu Zahlungsrückständen der Eltern gekommen, die keine Abbuchung mit der Stadt Wels vereinbarten. Es wurden jedoch nie zwei Monate in einer Abrechnung vorgeschrieben, sondern immer mit einem Zeitabstand von zwei bis drei Wochen, damit die Eltern ihre Verpflichtungen besser planen konnten. Es ist jedoch zu Fragen und Beschwerden gekommen, die letztendlich alle geklärt und ausgeräumt werden konnten.

5. Ist es nachvollziehbar, dass Eltern darauf vertrauen, dass die Stadt ihre Buchhaltung im Griff hat und daher übersehen können, dass Abbuchungen nicht erfolgt sind?

Antwort: Grundsätzlich wissen die Eltern natürlich, dass sie mit der Vorschreibung der Kindergartentarife zu rechnen haben. Viele Eltern haben sich telefonisch oder persönlich in den Kindergartenbetrieben erkundigt wann mit der Vorschreibung zu rechnen sei. Diese Anfragen wurden allesamt durch unsere Mitarbeiter beantwortet und erledigt.

6. Wie kann es sein, dass es bei IT-Problemen keine alternative Möglichkeit gibt, die Kiga und Hortbeiträge vorzuschreiben?

Antwort: Nachdem kein neues Softwarepaket zur Verfügung stand, war die unter Punkt 2. erklärte Vorgehensweise die einzige Alternative. Über die Jahre ist ein gewaltiger Investitionsrückstau bei der Hard- und Software entstanden. Dieser Rückstau wird im Bereich der Kinderbetreuung nun abgearbeitet. Die neu

angeschaffte Software für die Administration im Kinderbetreuungsbereich wird zurzeit für Vormerkungen und Anmeldungen der Kinder verwendet. Spätestens ab dem neuen Kindergartenjahr – also ab September d.J. – wird die Abrechnung vollautomatisiert erfolgen können. Ab dem Monat März 2019 sind die Vorschreibungen – wie bereits berichtet – pünktlich bei den Eltern eingelangt bzw. werden auch in Zukunft rechtzeitig einlangen.

7. Ist bekannt, dass Eltern ihre Kinder aufgrund der Beiträge, die gleichzeitig abgebucht wurden und eine finanzielle Belastung für Familien darstellen können, abgemeldet wurden?

Antwort: Es ist uns kein Fall bekannt, dass Eltern ihre Kinder aus diesen Gründen abgemeldet haben. Es wurden auch nie gleichzeitig mehrere Monate abgerechnet.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Beantwortung der Anfrage.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger betreffend Drogenprävention  
Verf-015-W-13-2019

Vzbgm Raggl-Mühlberger: Eingangs möchte ich erwähnen, dass sich die Beantwortung der Punkte 1 bis 4 auf Jugendstreetwork bezieht. Der Aufgabenschwerpunkt der Jugendstreetwork liegt jedoch nicht in der Betreuung von suchtmittelkranken Menschen. Teile der Präventionsarbeit fallen aber in dieses Arbeitsfeld.

1. Wie viele Arbeitsstunden haben die Streetworker insgesamt? Wie viele waren es in den Jahren 2016, 2017 und 2018?

Antwort: Es sind insgesamt 4 Mitarbeiter mit 3,73 Personaleinheiten im Fachbereich Streetwork beschäftigt.

2. Wie viele Kontaktstunden mit KlientInnen haben sie?
3. Wie viele Streetworker/Personaleinheiten sind derzeit in der Stadt Wels beschäftigt?

Antwort: 2016 waren es 9.172,5 Stunden, davon 7.877 Kontaktstunden, 2017 8.860,25 Stunden, davon 7.689,85 Kontaktstunden, 2018 5.415,17 Stunden, davon 4.584,47 Kontaktstunden.

4. Wie viele Stunden sind für Administration etc. vorgesehen?

Antwort: 2016 waren dies 1.295,5 Stunden, 2017 1.170,4 Stunden und 2018 830,7 Stunden.

5. Werden Schulungen für MultiplikatorInnen (LehrerInnen, NachmittagsbetreuerInnen, FreizeitpädagogInnen, Ehrenamtliche) angeboten? Wenn ja, wie viele Schulungen werden im Jahr 2019 durchgeführt? Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Diese Frage habe ich bereits im letzten Sozialausschuss am 09.04.2019 ausführlich beantwortet. Schade, die GRÜNE-Fraktion war an diesem Tag nicht vertreten. Gerne werde ich ihnen diesen Punkt noch einmal erläutern:

Entsprechende Schulungen werden für folgende Teilnehmer über das Institut Suchtprävention der PROMENTE angeboten: Mitarbeiter von Kindergärten und Horten, Mitarbeiter für Einrichtungen mit dem Thema „Kinder aus suchtbelasteten Familien“, Eltern und Erziehende, Mitarbeiter der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit, Streetworker, Gruppenleiter, Ehrenamtliche.

Ebenfalls darf festgehalten werden, dass eine Möglichkeit besteht das Institut Suchtprävention in einer Exkursion zu besuchen. Auch stehen diverse Unterlagen zur Behandlung des Themas „Sucht ab der 7. Schulstufe“ zur Verfügung. Diese Angebote müssen natürlich auch von den Schulen genutzt werden.

Das umfassende Angebot finden sie auf der Homepage von PROMENTE. Die Stadt Wels bietet keine Schulungen an. Angebote der Polizei in Wels an den Schulen sind leider großteils gescheitert. Da diese Angebote einen Umfang von etwa 8 Unterrichtseinheiten betreffen, sind die Schulen nur in den seltensten Fällen bereit diese auch zur Verfügung zu stellen.

6. Wie viele Drogentote gab es in den Jahren 2016, 2017 und 2018 in der Stadt Wels?

Antwort: Diese Frage kann grundsätzlich seitens der Produktgruppe SPB nicht beantwortet werden, zumal keine validen Daten vorliegen. Die Daten werden von Gesundheit Österreich nur für Gesamtösterreich veröffentlicht. In der Wahrnehmung unserer Mitarbeiter kann man von etwa zwei bis fünf Toten pro Jahr ausgehen.

7. Mit welchen Maßnahmen wird versucht die Zahl der Drogentoten langfristig zu senken?

Antwort: Punkt neun ist eine dieser Maßnahmen. Gerade im Bereich von Nikado findet eine basale sozialarbeiterische Versorgung statt. Darunter versteht man u.a. Hygiene, Versicherungsschutz, ärztliche Versorgung, Spritzentausch oder Unterstützung bei Obdachlosigkeit. Durch den Spritzentausch bzw. den Präventionsautomaten wird im Sinne der harm reduction (Schadensminimierung) einer tödlich endenden Erkrankung vorgebeugt. Es werden auch regelmäßig Erste-Hilfe-Kurse angeboten, um in einer Notsituation (z.B. Intoxikation) richtig zu reagieren.

8. Wie viele WelslerInnen befinden sich in einer Drogensubstitutionstherapie?

Antwort: Lt. Auskunft der Dst. Gesundheitsdienst befinden sich in der Stadt Wels mit Stand 18.4.2019 264 Personen in der Substitutionstherapie.

9. Wie werden sie psychosozial betreut?

Antwort: Die psychosoziale Betreuung von Menschen mit einer Suchterkrankung bzw. einem problematischen Konsum im illegalen Bereich findet grundsätzlich durch

die Suchtberatungsstelle Circle, die Substitutionsstelle sowie im niederschweligen Bereich durch den Fachbereich NIKADO statt. Zusätzlich sind diese Personen sehr oft auch bei anderen psychosozialen Einrichtungen angebunden, wie z.B. PROMENTE, FAB Beschäftigungsprojekt TALON, Sozialberatungsstelle oder dem Sozialen Wohnservice.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Beantwortung der Anfrage.

Anfrage der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an StR. Johann Reindl-Schwaighofer  
betreffend Ganztageseschulplätzen in den Welser Schulen  
Verf-015-W-14-2019

Bgm. Dr. Rabl verliest nachfolgende Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Reindl-Schwaighofer!

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels stelle ich folgende Anfrage an Sie:

Die Mozartschule in der Welser Neustadt sowie die Volksschulen in der Vogelweide haben im Zuge von schulintern durchgeführten Bedarfserhebungen festgestellt, dass viele Schülerinnen und Schüler einen Bedarf an einer Ganztageseschule haben. Speziell in den Vogelweider Volksschulen und 9 gibt es den Wunsch von Eltern nach einer GTS in verschränkter Form.

- Was unternimmt die Stadt Wels als Schulerhalterin, um diesen Bedarf an GTS-Plätzen so rasch wie möglich zu decken?
- Wo sehen Sie in diesem Zusammenhang weiteren Handlungsbedarf?

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Anfrage, weil es meiner Ansicht nach ein Thema ist, mit welchem sich der Gemeinderat beschäftigen soll. Aus vielen Gesprächen mit Welserinnen und Welsern, die ihre Kinder in der Pflichtschule haben, ergibt sich die Ganztageseschule ist ein Thema, weil es unterschiedliche Gründe gibt warum Eltern eine solche brauchen. Einer der Gründe ist z.B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Frauenerwerbsquote in Österreich ist sehr hoch und viele Frauen wollen berufstätig sein. Darum brauchen wir entsprechende Betreuungsplätze.

Ein weiterer Punkt ist die Chancengerechtigkeit, weil es letztendlich darum geht, dass viele von ihnen nicht in der Lage oder die Ressourcen nicht verfügbar sind Kindern bei den Schul- bzw. Hausaufgaben zu helfen. Darum ist die Ganztageseschule eine gute Form, da die Kinder im Idealfall vor dem nach Hause gehen die Hausaufgaben bereits erledigt haben und oft dann auch die „schultaschenlose Schule“ möglich ist.

In der Mozartschule und in den VS 8 und 9 wurden Elternbefragungen durchgeführt. In der Mozartschule (16 Klassen Neue Mittelschule) wurden 75 Familien einen

Ganztagesplatz für ihre Kinder brauchen. Bei der Neuen Mittelschule ist das Ganztagesprogramm für die 1. und 2. Schulstufe, da die Kinder in der 3. und 4. Schulstufe oft schon zu Hause allein sein können und in der Lage sind ihre Hausaufgaben alleine zu machen oder Eltern nicht bereit sind bzw. das im Familiensystem nicht durchsetzbar ist, dass die Kinder in die Ganztagesesschule gehen. Es geht in der Mozartschule um eine 16-klassige Neue Mittelschule, 25 Klassen haben wir am Schulstandort VS 8 und 9. Dort hat die Befragung der Eltern einen Bedarf von 162 GTS-Plätzen ergeben. Viele Familien wissen sehr oft nicht, wie sie ihre Berufstätigkeit aber auch die Kinderbetreuung bzw. die Frage der qualitativen Betreuung für das Lernen ihrer Kinder abwickeln sollen.

Was unternimmt die Stadt Wels als Schulerhalterin, um diesen Bedarf an GTS-Plätzen so rasch wie möglich zu klären? Ausgehend von der letzten Klausur des Stadtsenates gibt es eine Vereinbarung, dass wir für 2020/2021 Umbaumaßnahmen für die NMS Mozartschule starten. Dort ist es bereits so, dass von Seiten der Abteilung überlegt wird, wie wir entsprechende Umbauten vornehmen. In der Mozartschule geht es um den nachträglichen Einbau eines Speisesaals und einer Ausspeisungsküche. Das Mittagessen ist in der Ganztagesbetreuung sehr wichtig. Dort werden bereits Projekte ausgearbeitet, um entsprechend der Notwendigkeiten ein GTS-Angebot anbieten zu können.

In diesem Zusammenhang ist noch wichtig darauf hinzuweisen, dass natürlich ein GTS-Angebot nicht einfach in einer Schule umgesetzt werden kann, ohne dass schulische Infrastruktur in entsprechender Qualität und Anzahl verfügbar gemacht wird. Schwieriger gestaltet sich diese Frage noch bei der VS 8 und 9 in der Vogelweide. Da diese Schule denkmalgeschützt ist, ist ein Umbau kaum möglich. Bei einem Termin mit Herrn Bürgermeister mit Vertretern der Abteilung und der Schuldirektorinnen wurde bereits besprochen, dass wir einerseits die Infrastruktur der NMS, welche gleich angrenzend ist, für die Küche und den Speisesaal eventuell mitnützen könnten und in den VS 8 und 9 vor allem in Richtung qualitätsvolles Raumangebot schauen müssen welche Möglichkeiten bestehen. Dort wird gerade der Dachboden umgebaut bzw. wird überprüft, ob es möglich ist zusätzliche Räume zu schaffen.

Sonst wird es am Standort der VS 8 und 9 sehr schwierig in diesem denkmalgeschützten Gebäude eine GTS umzusetzen. Die Befragung in den VS 8 und 9 ergab einen Bedarf von 162 Plätzen. Diese Schulen sind gerade dabei eine verschränkte GTS auszuarbeiten. In Wels bieten wir GTS nur in getrennter Abfolge an. In Absprache mit den Eltern wird versucht eine verschränkte Form der GTS anzubieten. Die VS 8 und 9 hat gemeinsam 25 Klassenzimmer. Deshalb überlegen wir, ob wir nicht durch eine Veränderung des Schulsprengels die Grenzen neu ziehen, um so die Klassen reduzieren zu können, um in der Folge ausreichend Räume für eine GTS zur Verfügung zu haben. Dieses Projekt wird in der Abteilung gerade erarbeitet und ich hoffe relativ schnell Ergebnisse zu bekommen, um weitere Schritte einleiten zu können.

Wo besteht in diesem Zusammenhang weiterer Handlungsbedarf? Wenn wir uns Wels anschauen und uns überlegen GTS als gute Möglichkeit Kindern eine Chancengerechtigkeit zu bieten, haben wir das Problem, dass wir noch immer Stadtteile vorfinden, in denen wir in den NMS aber auch in den VS keine entsprechenden Angebote haben. Ich bin davon überzeugt, dass es in der Stadt Wels notwendig ist allen Kindern



eine gleiche Chance zu geben und wir in jedem Stadtteil ein entsprechendes GTS-Angebot brauchen. Es werden noch einige Anstrengungen benötigt, um das umzusetzen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass das Bildungsinvestitionsgesetz, welches gerade auf den Weg gebracht wird bzw. in der Begutachtungsphase ist, einige Möglichkeiten auch für die Stadt Wels vorsieht. Es gibt eine Vorvereinbarung von Herrn Bürgermeister und mir gemeinsam zum Bildungsminister zu fahren und mit ihm die Dinge durchzusprechen, welche Möglichkeiten wir als Stadt Wels haben, um eventuell Gelder aus diesem Bildungsinvestitionsgesetz auf Wels umzuleiten und daraufhin Maßnahmen zu ergreifen.

Ich habe mir erlaubt bei der Begutachtung eine Stellungnahme abzugeben, weil in diesem Gesetz zwar in mehreren Stellen von qualitativvollen Rahmenbedingungen, Infrastruktur, Räumen usw. gesprochen wird, aber es besteht auf gesetzlicher Ebene keine genaue Definition der Qualitätsstandards für die GTS im Bereich der Rauminfrastruktur. Es gibt verbindliche Handreichungen des Landesschulrates, die von der Schulbehörde als Grundlage für die Umsetzung einer GTS verwendet werden.

Weiters gab ich der Abteilung den Auftrag in zwei Bereichen Vorbereitungen zu treffen, und zwar in der Ausarbeitung einer Ferienbetreuung in allen Ferien für die GTS. D.h. in den Weihnachts-, Semester-, Oster-, Sommer- und den künftigen Herbstferien soll ein entsprechendes Betreuungsangebot für die Eltern angeboten werden. Für Eltern mit fünf bis sechs Wochen Urlaub ist es kaum möglich die Anzahl der Ferienwochen abzudecken ohne Großeltern oder anderer Familienmitglieder.

Wir überlegen gerade eine treffendere Tarifordnung, um zu verhindern, dass gerade Kinder aus sozialen Milieus, die das besonders benötigen würden, nicht in die GTS gehen, weil die Kosten zu hoch sind.

GR. Mag. Schindler: Danke für die detailreiche Beantwortung meiner Anfrage und für den Ausblick der Pläne. Du hast zuletzt die Tarifordnung angesprochen. Gibt es Hinweise darauf, dass diese Tarifordnung treffsicher ist bzw. ob es Eltern nicht möglich ist ihre Kinder aufgrund der aktuellen Tarifordnung anzumelden?

StR. Reindl-Schwaighofer: Es gibt leider Hinweise, die es sehr deutlich machen, dass Eltern oft nicht in der Lage sind die notwendigen GTS-Gebühren zu finanzieren. In den letzten Jahren haben wir bis zu 28 Eltern klagen müssen, weil die Gebühren uneinbringbar waren. Das ist ein Hinweis auf finanzielle Schwierigkeiten.

In vielen Gesprächen mit den Direktorinnen wurde deutlich, wenn Eltern ihre Kinder zur GTS anmelden wollen wird den Direktorinnen und den Lehrerinnen öfters deutlich, dass das Familieneinkommen es den Eltern unmöglich macht die Kinder in die GTS zu schicken. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Ganztageschule ein Teil des Schulsystems ist. Das ist ein Grund warum in Österreich die Grundschulausbildung gebührenfrei ist. Deshalb sollte auch eine GTS gebührenfrei sein. In diesem Zusammenhang gibt es interessante Modelle. Z.B. in Tirol die Förderung des Landes Tirols. Wenn eine Gemeinde nicht mehr als 35 Euro pro Betreuungsmonat verrechnet, zahlt das Land Tirol zu jedem einzelnen Platz dazu. Das wäre auch für Oberösterreich ein Modell mit dem verhindert wird, dass gerade Kinder aus sozial schwächeren Milieus nicht an der GTS teilnehmen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Beantwortung der Anfrage. Vielleicht noch eine Richtigstellung: Es gibt natürlich eine gesetzliche Grundlage wie Schulgebäude eingerichtet werden müssen. Das ist die Oberösterreichische Schulbau- und Einrichtungsverordnung 1994, die der Landtag beschlossen hat. Dr. Peter Csar kann dazu Auskunft geben, wenn es notwendig sein sollte.

Ich ersuche das Recht der Anfrage - so wie es in der Geschäftsordnung steht - dazu zu verwenden, dass tatsächlich an die Referenten Fragen gestellt werden, die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen. Das ist zwar dieses Mal auch so geschehen, nur Johnny, dass du nicht in der Lage bist mit deinen eigenen Gemeinderäten diese Fragen im privatissimo zu klären, wage ich fast zu bezweifeln. Sondern ganz im Gegenteil! Sonst kommt es im Gemeinderat dazu, dass zahlreiche Gemeinderäte an ihre eigenen Referenten, nur damit man eine Rede halten kann, wie du es jetzt gemacht hast, Anfragen stellen, um gleich zu Beginn der Tagesordnung entsprechende Ausführungen machen zu können. Das ist eigentlich nicht Sinn und Zweck der Anfrage.

Sollte es diesbezüglich weitere Bemühungen in diese Richtung geben, glaube ich, dass die anderen Fraktionen dieses Recht genauso in Anspruch nehmen werden. Das ist aus meiner Sicht nicht zielführend für dieses Instrument. Das gebe ich nur zu bedenken mit. Selbstverständlich halte ich fest, dass diese Anfrage völlig korrekt eingebracht und beantwortet wurde. Es geht daher hier um einen anderen nichtrechtlichen Aspekt, welcher zu berücksichtigen ist.

Berichterstatterin Gemeinderätin MMag. Stefanie Rumersdorfer

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Implementierung einer Verlässlichkeits- bzw. Hintergrundüber-  
prüfung beim Einstellungsverfahren der MitarbeiterInnen der Ordnungswache  
Verf-015-I-8-2019

GR. MMag. Rumersdorfer: Wieder stehe ich am Pult - wie schon vor gut einem Monat - und spreche über die Ordnungswache. Seither gab es noch einen Skandal, als ein mittlerweile entlassener Ordnungswächter NS-Devotionalien am Flohmarkt verkaufte. Das ist nun tatsächlich ein Skandal. Ich persönlich verstehe beim besten Willen nicht wieso man Gegenstände aus dem Nationalsozialismus überhaupt verkauft, egal wo man sie findet oder woher man sie hat. Aber das ist nur meine Meinung – so etwas geht schlichtweg nicht. Das ist untragbar.

Dass dieser Herr jetzt auch noch ein Mitarbeiter der Ordnungswache war, bringt nun wirklich das Fass zum Überlaufen. Wir müssen uns fragen was ist hier los? Wir müssen uns ernsthaft fragen, warum das Organ der Ordnungswache immer wieder Personen mit einer derart rechtsextremen Gesinnung und mit keinen kleinen Berührungspunkten zum Nationalsozialismus anzieht? Was macht die Ordnungswache so attraktiv für diese Personen? Ich überlegte mir, ist es die Uniform, ist es die Mischung aus Polizei und

Sheriff? Dem sollten wir unbedingt nachgehen, sonst werden wir es immer wieder mit einer derartigen Gesinnung der Bewerber der Ordnungswache zu tun haben.

Richtung ÖVP möchte ich schicken, dass ich den Vergleich im WT1-Beitrag, nämlich den Verkauf von NS-Devotionalien mit einem Verkehrsunfall, abenteuerlich empfand. Ein Verkehrsunfall passiert nämlich meistens ohne Absicht und willentlich, wo hingegen der Verkauf von nationalsozialistischen Gegenständen auf dem Flohmarkt oder das Aufhängen einer Hakenkreuzfahne in der Wohnung sehr wohl bei vollem Bewusstsein passiert. Derartig rechtsextreme Umtriebe dürfen unter keinen Umständen verharmlost werden und müssen ganz klar so angesprochen werden was sie sind: nämlich rechtsextreme Umtriebe.

Die Ordnungswache möchte ich nicht auflösen, das sagte ich bereits in den Medien mehrmals. Es ist nicht Teil des Antrages. Trotzdem möchte ich es hier wiederholen, weil es halt nicht so passiert, dass man sich eine Hakenkreuzfahne im Wohnzimmer aufhängt, sondern weil diese Personen ganz bewusst so gehandelt haben und keine Scheu vor Berührungen mit dem Nationalsozialismus zeigen. Diese rote Linie ist mehr als überschritten.

Bgm. Dr. Rabl: Frau Kollegin MMag. Rumersdorfer! Ich verweise jetzt schon auf ihren Antrag und ersuche sie den Antrag zu begründen, sonst müssten sie einen anderen Antrag stellen. Derzeit reden sie über etwas gänzlich anderes. Ich ersuche ihren Antrag zu berücksichtigen und diesen zu begründen. Das wäre hilfreich.

GR. MMag. Rumersdorfer: Das ist richtig. Man kann in die Menschen nicht hineinschauen. Trotzdem muss sich die Stadt Wels ganz klar von diesem ewig gestrigen Gedankengut distanzieren. Allerdings möchte ich nicht nur Kritik äußern, sondern auch positiv hervorheben, dass die Stadt sofort handelte, den Ordnungswächter entließ und die anderen Mitarbeiter einer Sicherheitsüberprüfung unterzog. Das ist das Mindeste, was getan werden kann.

Die Stadt kündigte nun an, dass zukünftig jeder Bewerber einer Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitspolizeigesetz unterzogen wird. Das ist natürlich sehr zu begrüßen. Diesen Antrag brachte ich bereits vor den Erläuterungen in den Medien ein. Daher freue ich mich, dass unser Vorstoß doch noch Gehör fand, auch wenn es über ein Jahr mit einzelnen Skandalen dauerte. Gut, dass wir daraus ein politisches Thema machten. Wir sind sicher alle froh, wenn unsere Stadt nicht als brauner Sumpf in den Medien erscheint.

Mein Zugang wäre die finanziellen Mittel der Ordnungswache für die Drogenprävention aufzuwenden. Doch dafür habe ich keine Mehrheit, denn die Mehrheit der anwesenden Mandatäre hat einen anderen Zugang zur Sicherheitspolitik als ich. Die Mehrheit der Gemeinderäte möchte eine Videoüberwachung, eine Ordnungswache. Mein Zugang wäre miteinander reden, einander respektieren, voneinander lernen. Ich gehe davon aus, dass alle Parteien unserem Antrag zustimmen werden, der genau das fordert, was jetzt umgesetzt wird.

Der Antrag lautet: Für zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungswache wird ein Instrument beim Einstellungsverfahren implementiert, welches eine Verlässlichkeits- bzw. Hintergrundüberprüfung des/der BewerberIn zulässt.

Ich freue mich auf eine Diskussion und eine positive Beschlussfassung.

Der Initiativantrag (Anlage 1) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die  
Ausschussverordnung 2015 abgeändert wird  
(4. Novelle zur Ausschussverordnung 2015)  
Verf-015-W-11-2019

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am  
11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 4. Novelle zur  
Ausschussverordnung 2015 beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Greif 2020; Bauteil B und C; Realteilungsvertrag zwischen  
der Stadt Wels und der Rainerstraße 4 GmbH; Änderung  
ZR-039-103-2019

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am  
11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegenden Realteilungsvertrag  
in seiner geänderten Fassung beschließen.

Der Antrag wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Schindler und GR. Dr. Csar sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal  
anwesend.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2019/006

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Schindler und GR. Dr. Csar sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2019/007

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2019/008

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlage 1) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 2 und 3) werden genehmigt.

Der Antrag wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Schindler und GR. Dr. Csar sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

7.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2019/009

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019:

Die beantragte Kreditüberschreitung betreffend Grundankauf für den Kindergarten Pernau und für Reserveflächen wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels über eine  
Darlehenstilgung; WBF-DL beim Land OÖ (Fin-1177; Wo-4002113)  
FD-Fin-242-2019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019:

1. Das Darlehen vom Land Oberösterreich gemäß Schuldschein vom 24.02.1989/07.07.1989 (Anlage 1), Wo-4002113, ist durch Vornahme einer zum frühestmöglichen Zeitpunkt gänzlichen vorzeitigen Tilgung zu kündigen und aufzulösen.

2. Die Kreditüberschreitung gemäß Anlage 2 wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

9.)

Greif 2020 – Kostenteilungsvereinbarung und Kaufoption  
mit der KJ 50 GmbH  
SD-KFM-301/1-2019

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den Untermietvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels, vertreten durch ihre gesetzlichen Vertreter, Wels, Stadtplatz 1, und der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Inneres, dieses vertreten durch die Landespolizeidirektion OÖ, 4021 Linz, Gruberstraße 35, beschließen.

GR. KR. Schönberger: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, du sagtest die Verträge sind sehr komplex und wenn man sich die letzten Jahre - speziell seit deinem Amtsantrittsdatum - ansieht, hatten wir dogmatisch eine Vereinfachung der Verträge, Vereinfachung der Dinge, Verkauf der Streubesitzwohnungen usw. – genau hier machen wir das alles anders!

Nicht nur, dass dies aufwendig ist, ist es auch relativ untransparent, nachdem die Akten alle unter Verschluss liegen; aber die Auslegung der Datenschutzgrundverordnung ist ein eigenes Thema im Hause Magistrat Wels – einfach ist das mit Sicherheit nicht.

Ich hoffe, dass diese Komplexheit, die man hier abwickelt, auch andernorts wenn es um die Interessen der Bürger geht, nicht einfach abgeschmettert wird. Ich möchte nur anmerken, die Schlichtungsstelle für die Mieter, zu der man sagte, es ist personaltechnisch überhaupt nicht möglich. Das wäre z.B. eines der Dinge, wo man in der ähnlichen Komplexität vielleicht Kapazitäten schaffen könnte, um den Welser Bürgern Unterstützung zu geben und nicht nur der Republik Österreich, die offensichtlich nicht in der Lage ist einen eigenen Mietvertrag zu erstellen. Ebenso die Fachhochschule, die nicht in der Lage ist in einen Mietvertrag einzutreten – das muss alles die Stadt Wels tun. Ich weiß nicht, warum wir dort überall Schützenhilfe geben müssen. Es könnte natürlich sein, dass es der Wunsch ist unbedingt die Polizei auf dem Kaiser-Josef-Platz zu haben.

Eines möchte ich schon sagen: Außer ein Atomschutzbunker bietet kein Gebäude Sicherheit – auch nicht ein Polizeigebäude, sondern es sind letztendlich die Polizisten in diesem Gebäude. Ich hoffe, dass du mit deinen Freunden in Wien dafür sorgst, dass wir genügend Polizisten bekommen, die am Kaiser-Josef-Platz unterwegs sind und nicht nur eine schöne Polizeistation.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Dem Kollegen KR. Schönberger muss ich natürlich vehement widersprechen, wenn du sagst, es liegen hier keine Amtsberichte auf aber gleichzeitig

steht, dass der Amtsbericht aus datenschutzrechtlichen Gründen und aufgrund der Amtsverschwiegenheit zur Einsichtnahme aufliegt. Die Amtsberichte liegen sehr wohl auf. D.h. du hättest jederzeit die Gelegenheit nutzen können, um dir das näher erklären zu lassen, so wie ich es auch mit Frau Dr. Peternell tat. Ich sprach mit ihr darüber wie kompliziert die Dinge sind. Eines ist klar, wären wir deinen Weg gegangen, hätten wir keine Polizeiinspektion auf dem Kaiser-Josef-Platz bekommen. Ich bin schon der Meinung, dass eine Polizeiinspektion vor Ort, wo die Polizisten aus- und eingehen, wegfahren, durchaus ein positives subjektives Sicherheitsgefühl erzeugt.

Natürlich brauchen wir mehr Personal, natürlich muss diese Polizeiinspektion mit Leben gefüllt werden. Natürlich sind diese Verträge äußerst komplex. Es war ganz wichtig, dass wir dieses Revier von der Roseggerstraße loslösen und auf den Kaiser-Josef-Platz bringen. Es ist durchaus wert hier komplexe Aufgabenstellungen zu lösen. Das Ganze mit einer Schlichtungsstelle zu vermischen, entspricht nicht den ganz Tatsachen. D.h. ich bedanke mich ausdrücklich nochmals bei Herrn Bürgermeister, denn ich weiß, er hat sehr viel daran mitgearbeitet. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei der Rechtsabteilung. Gerade die Verträge mit dem Innenministerium, der Finanzprokuratur, waren nicht leicht unter Dach und Fach zu bringen. Auch du wirst in Zukunft dankbar sein, dass wir am Kaiser-Josef-Platz die Polizeiinspektion haben.

GR. KR. Schönberger: Zur Aufklärung: In der Datenschutzgrundverordnung steht Einsicht durch jedermann – jedermann ist keine Institution der öffentlichen Hand und jedermann ist auch keine Firma, weil dort die Daten alle öffentlich bekannt sind. Das kann man nachlesen. Es ist nur eine Art wie es im Hause Magistrat gelesen wird. Natürlich können wir die Amtsberichte einsehen. Nur, wenn mit den Geldern der Bürger jongliert und langfristige Verträge abgeschlossen werden, dann hat der Bürger auch das Recht darüber Bescheid zu wissen, was passiert und wie lange ein Vertrag gebunden ist, wie lange Zahlungen an irgendwen irgendwo erfolgen müssen oder dass Förderungen und Subventionen an eine FH oder wen auch immer fließen im Zuge von Mietkostenzuschüssen. Auch da hat der Bürger das Recht es zu erfahren. Das jetzt so auszulegen mag eine Seite des Rechtsverständnisses sein. Genau wegen diesem Anlassfall ließ ich mich juristisch beraten. Die Auskunft, die ich erhielt war, man kann die Datenschutzgrundverordnung extrem streng auslegen und damit alles begründen. Es gibt Kommissionen und es wäre einmal gut all diese Dinge, die wir hier mehr oder minder nicht transparent machen immer unter dem Deckmantel der Datenschutzgrundverordnung, zu überprüfen was der Bürger wissen darf oder nicht.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

GR. Dr. Csar: Kollege Schönberger, es erstaunt mich sehr, dass man an dieser guten Einrichtung der Polizeiinspektion Innere Stadt, die jetzt auf den Kaiser-Josef-Platz kommen soll, noch „ein Haar in der Suppe findet“. Deine Argumentation mit dem Datenschutz kann ich nicht auf eine Richtigkeit verifizieren. Ich vertraue in dieser Sache den Mitarbeitern des Magistrates und ich denke das ist richtig.

Eines soll jedoch nicht sein, dass wir im Gemeinderat damit versuchen eigene Fehler zu kompensieren. Als Gemeinderat haben wir die Möglichkeit in die Unterlagen Einsicht zu nehmen - das steht uns zu. Wir haben ebenso die Möglichkeit im Ausschuss dazu Fragen zu stellen, das kann jeder von uns tun.



Persönlich finde ich es gut, dass die Polizeiinspektion auf den Kaiser-Josef-Platz kommt. Das ist wichtig und zweckmäßig. Die Polizisten bekommen endlich eine gute Infrastruktur, die am Kaiser-Josef-Platz gegeben ist. Deshalb bin ich froh heute diesen Beschluss zu fassen. Wir als ÖVP und Koalitionspartner stehen hinter dem Beschluss und trieben von Beginn an diese gemeinsamen Überlegungen voran, weil wir der Meinung sind, dass wir die Polizeidienststelle für die Welser Bevölkerung an diesem Standort brauchen. Dem Herrn Bürgermeister möchte ich ausdrücklich dafür danken. Ich weiß, er war diesbezüglich einige Male zu Gesprächen in Wien, er führte intensive Verhandlungen und brachte seine Kenntnisse als Rechtsanwalt ein.

GR. Scheinecker, BA: Dieses komplexe Konstrukt an Verträgen zeigt, es war für den Herrn Bürgermeister ein wichtiges Projekt die Polizeistation auf den Kaiser-Josef-Platz zu bringen. Mit all seiner Durchsetzungskraft schaffte er das, weshalb ich ihm dafür ein Lob ausspreche.

Zum Thema Videoüberwachung und subjektives Sicherheitsgefühl am Kaiser-Josef-Platz: Der Kaiser-Josef-Platz ist einer der wenigen Plätze, wo wir noch dezentrales Streetwork anbieten. Das vergessen wir möglicherweise. Es ist einer der wenigen Plätze außerhalb des Alten Schlachthofes, wo noch Streetworker unterwegs sind, die versuchen Probleme zu lösen bzw. eine deeskalierende Wirkung haben. Ich erwarte mir dieselbe Vehemenz wenn es darum geht, Probleme in den Parks zu bewältigen. Auch dort würden wir Streetworker brauchen, beispielsweise in der Neustadt, in der Noitzmühle. Wir sollten Streetwork flächendeckend in der Stadt Wels anbieten, überall dort wo Menschen leben, arbeiten, ihre Freizeit verbringen. Es wäre vielleicht an der Zeit mehr Budget für andere Dinge, wie z.B. für Streetwork, zu haben.

GR. Ganzert: Das Thema Greif hätte ich noch gerne einmal geschichtlich betrachtet. Ich kommentiere jetzt nicht den Herrn Bürgermeister, der sehr eigenwillig die Kriminalitätsstatistik ohne Kommentar erwähnte. Das ist ein Vorlesen der Statistik ohne tiefer in die Materie einzugehen – doch es sei ihm unbenommen diese entsprechend zu zitieren.

Nun zum Thema Greif 2020: Warum haben wir ein Fruchtgenussrecht, warum haben wir uns dort so entwickelt? Ich sprach mit dem Kollegen StR. Reindl-Schwaighofer, der als SPÖ-Funktionär damals in der Jury-Sitzung zum Projekt Greif 2020 saß. 2016 hatten wir darüber eine Abstimmung, ob wir das Objekt Greif kaufen sollen oder nicht. Ebenso wie das Erdgeschoß, wie die Fläche des ehemaligen Backwerkes bzw. deren Nutzung aussehen soll. Damals wurde gesagt, das gesamte Erdgeschoß wird eine Kundenzone, Eingangsbereich Kaiser-Josef-Platz. Mittlerweile glaubt man vielleicht nicht so sehr an die Kunden, weil in das Amtsgebäude Greif nicht die kundenexponiertesten Dienststellen hineinkommen sollen, sondern z.B. Stellen wie der Stadtrechnungshof oder die IT etc., wo eigentlich weniger Kunden- und Parteienverkehr herrscht als im Rathaus, Erdgeschoß, im Bereich Bürgeranliegen.

Die SPÖ-Fraktion stimmte im Ausschuss diesem Vorhaben zu - ich stehe auch dahinter die Polizei zu verlegen von der Roseggerstraße zum Kaiser-Josef-Platz. Natürlich kann diese Umsiedlung das subjektive Sicherheitsgefühl heben. Kollegin Scheinecker sagte bereits, es geht uns nicht nur um Videokameras, Polizisten und Polizeistationen, sondern wir betrachten dies sehr vielschichtig.

Wir stimmen heute zu, weil es sicherlich eine positive Entwicklung für den Kaiser-Josef-Platz bedeutet. Allerdings ist es in der Geschichte des Amtsgebäudes Greif sehr verwunderlich, man ändert scheinbar alle Jahre seine Meinung, weil mir Teilnehmer aus der Jury erzählten, dass Firmen, die Angebote abgaben, noch einmal nachbessern mussten, um das Erdgeschoß anders oder besser an den Kaiser-Josef-Platz anzudocken. Das schaut heute schon ganz anders aus.

Nichtsdestotrotz ist es eine positive Entwicklung für den Kaiser-Josef-Platz, deshalb stimmen wir zu. Die Vorgehensweise rund um das Amtsgebäude stößt uns jedoch etwas verwunderlich auf.

Bgm. Dr. Rabl: Herzlichen Dank für die signalisierte Zustimmung. Danke dafür, dass die Komplexität dieses Projektes erkannt wurde.

Was die Datenschutzgrundverordnung betrifft möchte ich erläutern, dass es ein Bundesgesetz ist, welches die SPÖ mitbeschlossen hat und an das wir uns natürlich halten müssen. Dieses Bundesgesetz richtet sich natürlich auch an die Stadt Wels. Ich stehe nicht an die wesentlichen Eckpunkten, wie im Amtsbericht enthalten, zu sagen. Diese unterliegen nicht der Geheimhaltung sondern nur die personenbezogenen Daten. Der Vertrag gilt ab 1.09.2019 auf unbestimmte Zeit. Es gibt einen Kündigungsverzicht auf 20 Jahre, sodass wir sicher sein können, dass die Polizei die nächsten 20 Jahre dort verbleiben sollte.

Die Größe beträgt im Erdgeschoß 141 m<sup>2</sup> und im 1. Obergeschoß 268 m<sup>2</sup> zuzüglich der Garagen und einer kleinen Loggia im 1. OG. Der Mietzins beläuft sich auf 5.377,00 Euro zuzüglich 160,00 Euro für die Garagen. Das sind die wesentlichen Eckpunkte in diesem Zusammenhang. Es gibt daher nichts wo wir sagen, wir sind intransparent oder wir würden etwas verheimlichen oder sonst etwas. Immerhin ist es ein Vertrag, der mit dem Bundesministerium für Inneres abgeschlossen wird unter Zuschaltung des Finanzministeriums und der Stadt Wels sowie dem Eigentümer des 1. Obergeschosses ohne Zwischenschaltung eines Maklers. Jeden, der meint er könnte hier zu irgendwelchen Schlüssen kommen, muss ich gleich zurückweisen. Das gab es nicht.

Lieber Karl Schönberger, natürlich war es ein unbedingter Wunsch der Stadt die Polizeiinspektion auf den Kaiser-Josef-Platz zu bringen. Deswegen setzten wir uns in der Koalition dafür ein und warben darum. Eines ist klar, wir meinen, dass eine erhöhte Polizeifrequenz am Kaiser-Josef-Platz, der immer wieder wegen diverser Vorkommnisse im Zusammenhang mit fehlender Sicherheit in die Schlagzeilen kommt, ein großer Schritt in Richtung Verbesserung der Situation am Kaiser-Josef-Platz ist. Das wurde naturgemäß auch erkannt.

Lieber Stefan, natürlich habe ich nur kurz aus der Kriminalitätsstatistik zitiert ohne genau darauf einzugehen warum und wieso diese sank. Tatsache ist, die Statistik sagt die Kriminalität ist in der ganzen Stadt Wels entsprechend gesunken und in anderen Städten gestiegen. Das hat zahlreiche bzw. erklärbare Gründe. Es wäre auch in Linz oder Steyr möglich gewesen, dass diese sinkt. Ist sie aber nicht, sondern dort stieg sie. In Wels sank sie. Wie gesagt, das heißt nicht, dass wir in Wels keine Probleme

haben. Es heißt nur wir sind auf dem richtigen Weg. Diesen Weg wollen wir mit dieser Polizeiinspektion weiter gehen.

Bei der Nutzung des Greifs hat es tatsächlich eine Änderung gegeben. Zu Beginn wollten wir eine Kundenzone direkt begehbar vom Kaiser-Josef-Platz aus einrichten. Aber es ergab sich dann ein Zeitfenster, dass wir diese Polizeiinspektion auf dem Kaiser-Josef-Platz geben können. Wir nutzten dieses Zeitfenster. Dass dies zu Einschränkungen führte, ist ganz klar.

Wir richteten dann im Einvernehmen mit StR. Lehner, der mit der Materie bestens vertraut ist, eine neue ausreichend groß ausgestattete Kundenzone ein. Mit dieser neuen Kundenzone werden die Bedürfnisse der Bevölkerung ebenfalls sichergestellt. Änderungen in einem so großen und so lang andauernden Prozess kann und muss es immer wieder geben. Ich bin froh, dass wir nun den Gemeinderat und auch die Ausschussmitglieder davon überzeugen konnten, es war der richtige Weg.

Bedanken möchte ich mich nochmals bei allen, die an diesem Beschluss und deren Vorbereitung mitwirkten.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Greif 2020 – Untermietvertrag mit der Republik Österreich (Bund)  
SD-KFM-301/2-2019

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die Kostenteilungsvereinbarung und Kaufoption, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und der KJ 50 GmbH bezüglich der Unterbringung einer Polizeiinspektion am Kaiser-Josef-Platz 50 beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 11 im Objekt Wels,  
Sauserstraße 9  
LV-026-02-2-2019

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den Kaufvertrag, mit dem die 639/151452-Anteile der Liegenschaft EZ 1932 (BLNR 179), KG. 51215 Lichtenegg, eingetragen beim Bezirksgericht Wels, mit welchem Wohnungseigentum an der Wohnung W 4/11 im Wohnhaus mit der Liegenschaftsadresse Wels, Sauserstraße 9, untrennbar verbunden ist, beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Erwerb von Grundstücken für den  
Neubau „Kindergarten Pernau“  
LV-026-02-3-2019

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den Kaufvertrag betreffend den Erwerb von Grundflächen aus der Liegenschaft EZ 143, Grundbuch 51224 Pernau, und zwar die neu konfigurierten Grundstücke Nr. 1100/1, 1100/4, 1100/5 und 1100/6 sowie das Grst.Nr. 1118/3, insgesamt Flächen im Gesamtausmaß von 10.581 m<sup>2</sup>, beschließen.

GR. Kittenbaumer: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um den Grundankauf für die Neuerrichtung des Kindergartens in der Pernau. Es geht um ein Grundstück, welches bestens geeignet ist für die Errichtung eines Kindergartens, es ist eine Investition in die Zukunft, damit die Kinderbetreuung in der Pernau abgesichert ist.

Der ursprünglich geplante Bauplatz – wir erinnern uns an den genannten Kaiserschützenpark – konnte dank unserer exzellenten Oppositionspolitik abgewendet werden. Aber nicht nur die Opposition sah ein dieser Kaiserschützenpark ist nicht geeignet, auch die FPÖ und die ÖVP brachte mit uns einen Abänderungsantrag im Jänner 2019 ein, damit sozusagen noch ein Türchen offen gehalten wird und damit auf einem anderen Grundstück ein Kindergarten neu errichtet werden kann.

Die Gelegenheit möchte ich nutzen um mich persönlich bei allen zu bedanken, die bei dieser Grundstückssuche positiv mitwirkten und uns dabei unterstützten. Allen voran bei Frau Vzbgm. Silvia Huber mit ihrer hervorragenden Menschenkenntnis und ihrem einfühlsamen Handlungsgeschick bei den Grundstückbesitzern, die letztendlich bereit waren an die Stadt Wels zu verkaufen. Mein Dank gilt auch den zuständigen Magistratsmitarbeitern, die bei diesem Grundstückkauf mitwirkten, und natürlich der Bürgerinitiative. Diese sammelte weit über 300 Unterschriften und trug viel dazu bei, dass der Kaiserschützenpark „abgewendet“ werden konnte. Aber auch bei den GRÜNEN und den NEOS möchte ich mich persönlich bedanken, weil sie uns bei der Oppositionsarbeit gegen den Kaiserschützenpark unterstützten.

Nicht zuletzt bedanke ich mich persönlich bei der FPÖ- und ÖVP-Fraktion sowie bei Herrn Bürgermeister, der letztendlich die Verhandlungen positiv abgeschlossen hat.

StR. Lehner: Auch ich bin froh ein sehr gutes Grundstück für diesen Kindergarten gefunden zu haben. Vor allem die Größe des Grundstückes ist besser für einen Neubau geeignet. Ebenso ist es besser, wenn ein Grundstück nicht auf drei Seiten von Verkehr umgeben ist.

Als Planungsreferent möchte ich darauf hinweisen, dass es noch ein Ermittlungsverfahren gibt, d.h. es sind noch entsprechende Gutachten zu erstellen und vorzulegen. Erst dann wird man sehen, ob es Unwegbarkeiten im Widmungsverfahren gibt, die im Einflussbereich des Landes OÖ liegen. Diese könnten eventuell zum

Ergebnis führen, dass das Grundstück objektiv gesehen - was z.B. die Luftverschmutzung betrifft - nicht um so viel besser ist als der Kaiserschützenpark.

Ich bin froh ein großes schönes Grundstück zu haben und davon überzeugt, es ist ein besseres Grundstück und ein Beweis dafür, wenn man zusammenarbeitet erzielt man ein besseres Ergebnis. Es war wahrscheinlich nicht die gute Oppositionspolitik, sondern auf der anderen Seite das konstruktive Mitwirken, vor allem auch von Vzbgm. Huber, die sagte nein, wir sind nicht gegen etwas sondern wir arbeiten für die Stadt Wels. Gemeinsam gelang es dieses Grundstück zu finden. D.h. es ist nicht die Oppositionspolitik, die die Stadt stärkt, sondern das Mitwirken und Mitarbeiten mit der Koalition. Danke an alle, die hier mitwirkten.

Vzbgm. Huber: Zunächst danke für das Lob. Ja, es ist geschafft! Die Idee mit dem Kindergarten im Kaiserschützenpark, auf einer Verkehrsinsel, wie die Pernerer diesen bezeichnen, können wir mit dem heutigen Beschluss begraben. Die Kinder in der Perna werden einen Kindergarten bekommen, der meines Erachtens von der Infrastruktur ideal gelegen ist und von der Grundstücksgröße Möglichkeiten zur Erweiterung bietet. Eine Zeitung schrieb: „Sogar ein Bächlein fließt quer durch das Grundstück, es plätschert dahin.“

Es ist geschafft und ich muss wirklich sagen, weil die SPÖ, aber auch die GRÜNEN und NEOS mit Vehemenz aufzeigten, dass dieser Kaiserschützenpark wirklich nicht geeignet ist. Ich zitiere einen Satz aus der Stellungnahme des Stadtpolizeikommandos: „Dem Stadtpolizeikommando Wels obliegt es nicht dem Bau eines Kindergartens einhergehend genaue Verkehrsmaßnahmen vorzuschlagen. Jedoch wird die Örtlichkeit aufgrund des Ersuchens um Abgabe einer Stellungnahme samt Bewertung über den Standort als eher ungeeignet angesehen.“

Ich bin zuversichtlich, dass der jetzige Standort geeignet ist. In der Nähe befindet sich der bereits bestehende Kindergarten und ich denke mir, da werden wir die Probleme nicht mehr haben. Auch die ÖVP war nicht wirklich glücklich über den Kaiserschützenpark. Ebenso wehrten sich Eltern aus der Perna mittels Sammlung von Unterschriften; daraus entstand eine gewisse Dynamik. Zum Glück fand ich einen Grundbesitzer, der schließlich bereit war sein Grundstück zu verkaufen.

Erinnere ich mich an die Diskussion im Dezember des Vorjahres, wo StR. Peter Lehner meinte: „Vielleicht können wir gemeinsam ein kleines Weihnachtswunder erwirken, denn ich konnte auch mit der zuständigen Referenten für die Kinderbetreuung dieses Wunder im Vorfeld nicht erwirken.“ Dazu muss ich sagen, es war kein Weihnachtswunder, das Christkind bin ich auch nicht, es war halt ein Zusammenwirken vieler Faktoren.

Ich bedanke mich bei GR. Christian Kittenbaumer, der mir viele Grundstücke für eine Prüfung nannte, mich sozusagen ziemlich beschäftigte. Ich bedanke mich bei Bürgermeister Dr. Andreas Rabl, der mit mir die Gespräche mit der Grundbesitzern so positiv abwickelte und wir die Verhandlungen nach etlichen Telefonaten zu einem guten Ende führen konnten. Bgm. Dr. Rabl meinte noch: „Niemand von denen, die mir sagten der Kaiserschützenpark ist nicht geeignet, lieferten alternative Grundstücke auf denen wir bauen können.“ Herr Bürgermeister, du hast eine gute Entscheidung

getroffen, indem du mich mit dieser Aufgabe betraut hast. - Ein bisschen Selbstlob muss sein.

Danke an die Eltern, die mit ihrer Unterschriftenaktion die Diskussion ankurbelten. Ich bedanke mich bei der Grundbesitzerin – ich weiß es ist nicht wenig Geld, welches wir heute ausgeben. Aber jetzt zitiere ich noch GR. Dr. Csar, der über Facebook sich über diesen neuen Standort freute, sich bedankte und meinte: „Der neue Platz ist für unsere Kinder besser geeignet und hat auch Erweiterungsmöglichkeiten. Das Geld ist gut investiert.“

StR. Josseck-Herd: Hier steht eine Referentin, die sich natürlich auch in die Reihe der „Danksager“ und euphorischen Menschen, die jetzt ihren Wunsch erfüllt sehen, einreihet. Sie können sicher sein und mir glauben, dass mir der Kindergarten Pernau ein großes Anliegen war und ist. Aber wenn sie sich in meine Situation im letzten Jahr hineinversetzen, dann müssen sie doch sehen, dass ich seinerzeit froh war um den Kaiserschützenpark. So wie die Situation sich darstellte, hat kein Landwirt Grundstücke verkauft. Ich glaube nicht, dass der Herr Bürgermeister mit dem Thema zu leger umging. Nein, er war auch vorher bei der jetzigen Grundverkäuferin. Aber es ist vielleicht „der Draht von Frau zu Frau“ - Vzbgm. Huber fand wahrscheinlich genau die Worte, die ins Herz der Bäuerin trafen und den Verkauf möglich machten.

Eure Euphorie muss ich aber ein bisschen bremsen – es ist zwar ein sehr großes Grundstück (10.600 m<sup>2</sup>) - so viel Platz haben wir sonst in keinem Kindergarten - aber es ist nur ein Teil davon Bauland. Auch der schöne Bach wird nicht in den Bereich des Kindergartens eingebunden werden können. Wir können keinen genau so großen Kindergarten für die Zukunft auf diesem Gelände errichten, den wir jetzt bauen. Wir können lediglich 2 Gruppen, wenn es in ferner Zukunft notwendig ist, dazu bauen. Das ist ein kleiner Dämpfer – ich gebe es zu. Dieser Dämpfer schmälert jetzt nicht meine Freude und ich möchte mich ebenso bei allen bedanken. Ganz besonders bei Vzbgm. Silvia Huber und bei unserem Bürgermeister Dr. Andreas Rabl.

GR. Scheinecker, BA: Anschließen möchte ich an die Aussage betreffend Erweiterungsmöglichkeit. Es war einer der großen Kritikpunkte am Kaiserschützenpark kein Potential für eine Erweiterung für einen zukünftigen Bedarf zu haben. Auf diesem Grundstück können wir jetzt bereits eine Krabbelstube mehr bauen. Aus vielen Diskussionen weiß ich, es ist dringend notwendig die Kleinstkinderbetreuung auszubauen. Es gibt eine sehr lange Warteliste bei den Kindern im Alter von 1,5 bis 3 Jahren und keine Betreuung für Kinder bereits ab 1 Jahr. D.h. hier haben wir Nachholbedarf. In der Pernau werden dadurch hochgerechnet rund 56 Welser Kindern zusätzlich Platz finden.

Es ist durchaus angebracht uns jetzt einmal auf die Schultern zu klopfen. Wir haben etwas bewegt. Ein wesentlicher Aspekt ist die Zusammenarbeit aller Fraktionen, die diesen Erfolg brachte. Darüber bin ich sehr froh.

Bgm. Dr. Rabl: Der Erfolg hat bekanntlich viele Väter und natürlich auch viele Mütter. Ich möchte ein wenig auf die Historie eingehen. Seit zwei Jahren suchten wir in der Pernau einen geeigneten Standort und zwei Jahre lang haben wir niemanden gefunden, der uns ein Grundstück verkaufen wollte. Aus dieser Not, wohlwissend dass wir Kinderbetreuungsplätze in der Pernau brauchen, entstand die Idee mit dem

Kaiserschützenpark. In allen Fraktionen, mit denen ich sprach, herrschte eher eine skeptische Meinung. Das betrifft sowohl die ÖVP – Dr. Csar, der sagte, naja ein bisschen Bauchweh hat er mit dem Kaiserschützenpark schon. Das betrifft die FPÖ – Margarete Josseck-Herdt, die sagte, naja wenn wir nichts anderes haben müssen wir es nehmen, aber ideal ist er nicht. Das betrifft die Vertreter der SPÖ-Fraktion usw., die sagten, ideal ist der Standort nicht, aber wir haben halt keinen besseren. Das war das Grundproblem, weil man als Politiker sich immer nur aussuchen kann, entweder man macht gar nichts – löst aber damit die Probleme nicht, oder man macht etwas mit dem was man hat. Wir entschieden uns etwas mit dem zu machen was wir haben - das war damals der Kaiserschützenpark.

Dass sich dann im Zuge der Diskussion sehr kurzfristig diese Möglichkeit auftut, war ein Glücksfall, der nicht alle Tage eintritt. Ich möchte auch betonen, es war ein teurer Glücksfall. Es kostet uns jetzt immerhin 1,3 Mio. Euro. Ein großes Grundstück, das ist richtig; eine Zukunftsinvestition stimmt auch. Aber auch viel Geld, das wir in die Kinderbetreuung hineinstecken und sagen die Kinder sind es uns wert.

Das Bäuchlein, von dem wir hoffen, dass es nie ein großer Bach werden wolle, der uns irgendetwas überschwemmt, deshalb sind die Uferzonen entsprechend breit ausgedehnt, nämlich 15 m, kann auf die eine oder andere Art schon einbezogen werden. Wie Peter Lehner vorhin völlig zu Recht sagte meine Herrschaften, wir haben schon noch ein Widmungsverfahren, welches positiv abgewickelt werden muss. Deswegen auch der Kaufvertrag bedingt mit einer positiven Widmung, weil es uns nichts bringt ein Grundstück zu kaufen, auf dem wir dann keinen Kindergarten bauen können. Dagegen haben wir uns selbstverständlich entsprechend abgesichert.

Insgesamt daher ein erfolgreiches langwieriges Projekt. Es war notwendig, um die Gesamtanierung der Kindergärten Pernau abzusichern. Das ist uns mit dieser Großinvestition aus meiner Sicht gelungen.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

13.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;  
Tätigkeitsbericht 2018  
BZ-FW-09-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 08.04.2019:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2018 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahr 2018 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Haböck: Seitens der ÖVP-Fraktion darf ich der Freiwilligen Feuerwehr und den Betriebsfeuerwehren Energie AG und Fritsch ein herzliches Dankeschön aussprechen, stellvertretend natürlich dem Kommandanten Ing. Franz Humer und dem „Feuerwehrmann des Jahres“ Roland Weber. Gratulation von unserer Seite dazu und bitte unseren Dank allen Kameraden weitergeben. Feuerwehrreferent Vzbgm. Kroiß erwähnte es bereits, ein großer Dank – da freiwillige und ehrenamtliche Arbeit – gilt den Partnern und Familienmitgliedern. Die Einsätze sind in der Freizeit, am Wochenende und in der Nacht. Es ist für eine Familie sicher eine sehr schwierige Situation, weil es oft auch psychologisch sehr belastende Einsätze gibt. Danke an die Arbeitgeber, die Firmen, welche die Arbeitnehmer freistellen und ihnen dadurch die Möglichkeit geben freiwillig für die Gesellschaft im Dienste der Stadt Wels eine extrem sinnvolle und wichtige Aufgabe durchzuführen. Ein herzliches Dankeschön von der ÖVP-Fraktion an alle, die in diesem Bereich tätig sind.

GR. Kittenbaumer: Es ist für mich persönlich eine sehr große Freude die Dankesworte an die Freiwillige Feuerwehr Wels, die Betriebsfeuerwehr Fritsch und die Betriebsfeuerwehr Energie AG richten zu dürfen. Der Jahresbericht 2018 zeigt uns mit wie viel ehrenamtlichem Engagement, mit wie viel Fleiß und Mut alle Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen zu den verschiedensten Einsätzen geeilt sind. 2018 leistete die Feuerwehr in Wels 2.235 Einsätze, das heißt ca. sechs pro Tag, in denen die Kameraden zum Teil sehr schwierige Einsätze durchführen mussten. Dabei gehen sie für die Bevölkerung der Stadt Wels ein großes Risiko ein. Das verdient den allergrößten Respekt.

Damit die Kameraden in Zukunft weiterhin so fleißig ehrenamtlich und perfekt arbeiten können, benötigen sie natürlich entsprechende Ausrüstungen, wie Fahrzeuge und eine ordentliche Feuerwache. Als Pernauer freut es mich sehr, dass unser Initiativantrag zur Traunuferattraktivierung umgesetzt wurde und das Bootshaus an der Traun nun in das Zentrale Betriebsgebäude in der Pernau verlegt worden ist. Wir werden uns auch in der Zukunft weiter für die Feuerwache in der Pernau engagieren, damit diese ebenfalls modernisiert und zum Standort Zentrales Betriebsgelände verlegt wird. Es gibt hier zahlreiche Synergieeffekte für die Freiwillige Feuerwehr, weil sie näher am Industriegelände ist und dadurch können sie schneller zu den verschiedensten Einsätzen eilen. Letztendlich werden auch die Bürger von dieser Umsiedlung positiv profitieren.

Die Aufgaben eines Feuerwehrmannes sind sehr vielfältig. So müssen nicht nur Brände diverser Größenordnungen gelöscht, sondern auch in Autos eingeklemmte Personen befreit werden. Außerdem wurden 240 Personen in steckengebliebenen Lifтанlagen befreit. Mir passierte das persönlich schon einmal und es ist wirklich nicht sehr angenehm. Die Feuerwehr ist sehr tierlieb, denn es wurden im Jahr 2018 31 Tiere aus Notsituationen gerettet.



Die Freiwillige Feuerwehr Wels leistet hervorragende Präventivarbeit, sodass 29 % der Brände bereits vor Eintreffen der Feuerwehr von Privatpersonen gelöscht werden konnten. Dies verdanken wir einerseits den hervorragenden Brandschutzschulungen für Zivilpersonen, die von der Feuerwehr seit mittlerweile ca. 37 Jahren durchgeführt werden.

Positiv erwähnen möchte ich die Betriebsfeuerwehren Fritsch und Energie AG, die gleichfalls sehr tolle Arbeit für die Welser Bevölkerung leisteten – Danke dafür! Ich ersuche den Branddirektor, Ing. Franz Humer, unsere Dankeswort bitte an alle Kameraden weiterzugeben. Jeder Einsatz wird von uns wertgeschätzt, ihr leistet großartige Arbeit – bitte in Zukunft weiter so! Der Dank der SPÖ-Fraktion gilt der Freiwilligen Feuerwehr Wels, der Betriebsfeuerwehr Fritsch und der Betriebsfeuerwehr Energie AG. Ein Glückauf und ein herzliches Dankeschön für eure hervorragende Leistung!

GR. Paulusberger: Nach den Dankesworten von GR. Kittenbaumer bleibt mir nicht mehr viel zu sagen. Lieber Branddirektor Ing. Franz Humer, lieber Brandrat Roland Weber, schön dass ihr da seid und im Namen der FPÖ-Fraktion möchte ich mich bei euch und eurer tollen Mannschaft bedanken. Genauso bei den Betriebsfeuerwehren Fritsch und Energie AG für die immens wichtige und wertvolle Arbeit für die Sicherheit der Welser Bevölkerung.

Abseits dieses Berichtes gratuliere ich euch noch zu euren Veranstaltungen, wie dem Riesen-Wuzzlerturnier und der Eisstockmeisterschaft. Wir als politische Vertreter kommen gerne; hier wird eine tolle kameradschaftliche Gemeinschaft gelebt – weiter so!

GR. Hufnagl: Auch von Seiten der NEOS einen herzlichen Dank für eure Leistung im letzten Jahr. 2.235 Einsätze (sechs pro Tag), das ist eine sehr beachtliche Leistung – weiter so!

GR. Mag. Teubl: Es wurde schon alles gesagt, aber noch nicht von allen, daher auch im Namen der GRÜNEN-Fraktion ein herzlicher Dank an die Welser Wehren, die in diesem Jahr ihrem Motto „Retten, Löschen, Bergen, Schützen“ alle Ehre machten. Wir verbleiben in der Hoffnung, dass das auch weiterhin so sein wird.

Vzbgm. Kroiß: Danke für euren tollen Einsatz und eurer Engagement! Eine kurze Replik zum Kollegen Kittenbaumer - das Bootshaus wurde noch nicht verlegt. Ich war gestern dort, es ist noch an der ursprünglichen Stelle. Aber es gibt bereits Pläne dieses weiter in den Osten zu verlegen. Danke für euer Engagement, ich ersuche um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;  
Tätigkeitsbericht 2018  
BZ-FW-10-2019

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 08.04.2019:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2018 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahr 2018 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, Mitterhoferstraße 100;  
Tätigkeitsbericht 2018  
BZ-FW-11-2019

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 08.04.2019:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2018 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird zustimmend zu Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird für ihre Leistungen im Jahr 2018 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
die Festsetzung von Tarifen für die Sommerferienaktion 2019  
(Ferienaktion-Tarifordnung 2019)  
BK-J-123-2019

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 08.03.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Ferienaktion-Tarifordnung 2019 beschließen.

Einstimmig angenommen.

17.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
die Festsetzung von Tarifen für die Freizeitbetriebe der Stadt Wels  
(Freizeitbetriebe-Tarifordnung 2019)  
BK-Fzb-51-2019

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 08.03.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Freizeitbetriebe-Tarifordnung 2019 beschließen.

Einstimmig angenommen.

18.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die  
Hallentarifordnung 2016 abgeändert wird  
(1. Novelle zur Hallentarifordnung 2016)  
BK-HA-55-2019

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 08.03.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 1. Novelle zur Hallentarifordnung 2016 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

19.)

Betrieb der Welser Altstoffsammelzentren; Vereinbarung  
zwischen der Stadt Wels und der OÖ. Landes-Abfallverwertungs-  
unternehmen AG; Neuabschluss  
SD-AWi-852-2019

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 11.04.2019:

Die beiliegende Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und der OÖ. Landes-Abfallverwertungsunternehmen AG, Wels, Maderspergerstraße 16, über den Betrieb von Altstoffsammelzentren in der Stadt Wels wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

20.)

Kindergarten Neu Pernau; Änderung des Vertrages  
über die Planerleistung  
BK-KI-14-2019

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 11.04.2019:

Beiliegender Vertrag über die Änderung des Vertrages über Planerleistungen mit der Delta Projektconsult GmbH, Wels, Kalkofenstraße 21, für das Projekt Kindergarten Neu Pernau wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

21.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2018 abgeändert wird (1. Novelle zur Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2018)  
BK-KI-240-2019

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 1. Novelle zur Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2018 beschließen.

GR. Scheinecker, BA: Ich möchte die neue Aufteilung der Werksbeiträge ansprechen. Wir als SPÖ-Fraktion begrüßen das insofern, weil die Kinderbetreuung ein durchaus relevanter Punkt in jeder Familie ist. Es wird sicher durchaus positiv aufgenommen werden, wenn nicht die monatlichen Spitzen vorhanden sind. Wir hatten in der Vergangenheit dieses Abrechnungschaos, welches die Familien überdurchschnittlich belastete. Eine monatliche Bezahlung macht sicher einen Unterschied gegenüber

gelegentlicher Mehrbezahlung, weil bei mehreren Kindern sich dann eine eklatante Summe ergibt.

Die Kautions für den Sommerjournaldienst kann ich nachvollziehen, weil es Planungssicherheit für die Betriebe bedeutet. Wir sollten aber in Zukunft aufpassen, dass es bei diesen angemessenen 15 Euro bleibt, denn die Diskussion in der letzten Zeit zeigte, dass manche Eltern bewusst ihre Kinder anmelden, weil sie noch nicht wissen, ob sie jetzt Urlaub bekommen oder nicht. Es ist sicher nicht so, dass sie durch die Anmeldung dem Magistrat etwas „zu Fleiß tun“ wollen, sondern vielleicht geht es sich mit dem Urlaub dann doch aus. Ich kenne das auch aufgrund der Betreuung meiner Töchter. Manchmal ist es nicht ganz so leicht, nehme mir eine Kinderbetreuung und dann findet sich doch noch eine Oma für die Betreuung. Wir sollten mit dem Generalverdacht, dass die Eltern hier zu prophylaktisch ihre Kinder anmelden, vorsichtig sein, weil in der Realität ist es für die Eltern schwer das zu vereinbaren. Diese 15 Euro sind für uns akzeptabel und sollten nicht erhöht werden.

GR. Schäfer, BSc: Wir von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion begrüßen diese Änderung der Tarifordnung. Die Indexierung von 2 % ist durchaus sach- und zeitgerecht sowie am Markt üblich. Diese von der Kollegin angesprochenen Materialbeiträge sind definitiv eine Erleichterung, da nun monatsweise abgerechnet wird. Für die bedürftigeren Eltern sind diese Beträge einfacher zu bezahlen als eine jährliche oder halbjährliche Abrechnung.

Die Kautions für den Sommerjournaldienst ist aus unserer Sicht eine gute Lösung, denn „was nichts kostet, ist nichts wert“. Andererseits kann man sich zum Journaldienst wieder abmelden. 15 Euro sind eine gute Möglichkeit, um eine Unterbeschäftigung des anwesenden Personals zu verhindern.

StR. Josseck-Herdt: Ich kann Kollegin Scheinecker, BA beruhigen, denn es ist nicht daran gedacht die 15 Euro in nächster Zukunft zu erhöhen. Sie sind auch nicht einfach so ermittelt worden, sondern es handelt sich dabei um die Verpflegungskosten.

Der Antrag zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat verlässt um 17.00 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

22.)

Bodenmarkierungen im Stadtgebiet Wels;  
Auftragsvergabe an die Firma Bauschutz GmbH & Co. KG, Wels;  
BauD-BauS-19-2019

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 04.03.2019:

1. Beiliegendes Auftragsschreiben betreffend Bodenmarkierungen im Stadtgebiet von Wels mit einer Nettosumme von € 152.418,15 zuzüglich 20 % MWSt., das sind € 30.483,63, somit zu einem Bruttobetrag von € 182.901,78, an die Firma Bauschutz GmbH & Co KG, Wels, Dieselstraße 9, wird beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5 % zu überschreiten.
3. Die Vergabe der Aufträge darf erst nach Freigabe der erforderlichen Mittel erfolgen.

GR. Prähofer: Lieber Klaus Hoflehner, dieses Thema ist wirklich nicht unemotional. Wir weisen von der ÖVP-Fraktion schon seit vielen Jahren auf ein Gebiet nördlich des Klinikums Wels, ab der Simonystraße, Elisabethstraße und allen Querstraßen in Richtung Norden, hin. Dort ist die Situation sehr angespannt, weil die Bodenmarkierungen seit Jahren fast vollständig verblasst sind. Viele Mitarbeiter und Besucher des Klinikums parken in diesem Bereich; dadurch sind nicht selten die Ausfahrten zugeparkt. Ich weiß das, weil sich dort mein Elternhaus befindet und die „Schmerzgrenze“ hier schon erreicht wurde. Wir wünschen uns eine sehr rasche Erledigung, um die Situation zu verbessern.

StR. Hoflehner: Danke, für den Hinweis! Das hörte ich schon öfters. Wir werden dem natürlich jetzt nachkommen, weil wir uns jährlich bestimmte Schwerpunkte setzen. Unsere jährlichen Schwerpunktprogramme sind die Markierungen im Umfeld der Schulen, insbesondere der Pflichtschulen. Die von dir angesprochene Situation kennen wir sehr gut. Dazu gibt es verschiedene Stellungnahmen der dortigen Bewohner, aber wir werden die schon angebrachten Markierungen erneuern.

Es gibt Straßenzüge, wo keine Markierungen gemacht wurden, weil es keine Einigung der Anrainer gab. Wir werden uns um diese Situation kümmern und gehen davon aus, dass es durch die positive Kooperation mit der Welser Polizei zu einer Verbesserung der Situation kommen wird.

Der Antrag zu Punkt 22. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

23.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;  
Zuschuss für das Jahr 2019  
Pol-044-WR03-1-2019

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 11.04.2019:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von insgesamt € 186.600,-- für den laufenden Aufwand sowie für touristische Maßnahmen und Projekte (u.a. „Rennradregion Wels“ und „Nächtigungszuschuss für Jugendliche“), wobei die Auszahlung in zwei gleichen Teilbeträgen zu je € 93.300,-- erfolgt (erster Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und zweiter Teilbetrag am 01.08.2019).

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2019 bis spätestens 01.05.2020 zu erbringen.

GR. Taitl: Die Freiheitliche Fraktion stimmt für diesen Zuschuss, denn es wird die Kulinarik, die Vermarktung der Gastronomie, die Aufwertung des Online-Gastronomieführers, die Einbeziehung der Lokale sowie das Tourismusbewusstsein gefördert. Ergänzend zur Kommunikation mit den Gastronomiebetrieben der Region wird ein Qualifizierungsangebot zum Thema Digitalisierung bzw. Onlinemarketing angeboten. Themen wie Instagram, Suchmaschinenmarketing, Facebook-Kampagnen, elektronische Meldesysteme werden als Schulungsprogramm vierteljährlich den Gastronomen, Hoteliers und ihren Mitarbeitern angeboten.

Da das Thema Kulinarik und Genuss für die regionale Bevölkerung sowie für die Gäste aus Wirtschaft, Tourismus und den Individualtourismus eine große Rolle spielt, kann die Vielfalt, das Niveau und die Kompetenz gezeigt werden. Die Rennradregion ist ein inhaltlicher Schwerpunkt der Tourismusregion Wels, so wie u.a. Sattledt und Gunskirchen. Seit Jahren wird das Kirschblütenrennen mit großem Erfolg veranstaltet. Heuer ist Wels die Zielankunft der Österreicherrundfahrt, der Start der nächsten Etappe erfolgt in Gunskirchen. Auch das Innenstadtradkriterium ist anzuführen und die Entwicklung eines übergreifenden Radfahrnetzes ist in Arbeit.

Konzerte, Großveranstaltungen, Kulturführungen und Rahmenprogramme werden angeboten. Hier sind als Beispiele Betriebs- und Vereinsausflüge, Jahresprogramme wie Kaiser-Maximilian-Führung und slide card (kleine Kärtchen mit Informationen) anzuführen. Die Allianz der Tourismusregion bildet sich aus Vertretern der Wirtschaft, Tourismus und Politik. Der Aufsichtsrat wird viermal jährlich einberufen, um aktuelle Themen zu diskutieren. Die Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor und Kommunikationsdrehscheibe soll der Bevölkerung zur Bewusstseinsbildung nahe gebracht werden.

Der Antrag zu Punkt 23. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

24.)

Öffentliche Beleuchtung, Beleuchtungsprogramm 2019;  
Neuinstallation – Auftragsvergabe an die eww ag Anlagentechnik GmbH;  
Instandhaltung von Sonderanlagen – Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
BauD-BauS-99-2019

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 11.04.2019:

1. Beiliegendes Auftragsschreiben betreffend Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallationen mit einer Auftragssumme von € 199.855,66 an die Firma eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, wird beschlossen.
2. Die mittelbewirtschaftende Stelle wird ermächtigt nach Maßgabe der gegenständlichen vertraglichen Vereinbarung die Auftragssumme zur Bedeckung unvorhergesehener Mehrleistungen, die anlässlich der Vertragsabwicklung erforderlich werden, im Bedarfsfall um bis zu 5 % zu überschreiten.
3. Die im Amtsbericht unter Punkt II näher beschriebene Instandhaltung von Sonderanlagen (Mitverkabelung) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

GR. Hufnagl: Das Beleuchtungsprogramm ist notwendig und wichtig, um die Beleuchtungssituation im gesamten Stadtgebiet zu verbessern. Besonders freut mich, dass die alten Straßenlaternen des Stadtplatzes eine neue Verwendung finden. Es war ein großer Kritikpunkt von uns, dass die alten Laternen vom Stadtplatz einfach weggeschmissen werden sollten. Toll dafür eine neue Verwendung gefunden zu haben und sie woanders wieder aufzustellen.

Bei meiner Anfrage an StR. Lehner betreffend Kosten der Beleuchtung am Stadtplatz, ob die LED-Lampen ausgeschrieben wurden oder nicht, gab er die Antwort, dass sie nicht ausgeschrieben wurden, weil es einen Vertrag aus dem Jahr 1920 mit der eww Anlagentechnik gibt. Das ist jetzt bald 100 Jahre her. Daher meine Anregung diesen Vertrag anzusehen, ob dieser und die Angebote noch zeitgemäß sind. Laut Amtsbericht haben sich die Kosten im Vergleich zum Vorjahr z.B. beim Lohn nur um 2,8 % erhöht, dennoch habe ich ein mulmiges Gefühl bei so alten Verträgen. Mein Input wäre, den Vertrag auf neue Füße zu stellen.

GR. Kittenbaumer: Dieses heute zu beschließende Straßenbeleuchtungsprogramm 2019 zeigt uns wieder einmal wie wichtig eine gut funktionierende Straßenbeleuchtung für unsere Stadt ist. Wir investieren 200.000 Euro in den Erhalt, der Erneuerung, den Ausbau und in den Service der Straßenbeleuchtung. Diese Investition ist sehr wichtig, da eine gut beleuchtete Straße, ein Schutz- oder Radweg das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen kann. In diesem Sinne bedanke ich mich sehr herzlich beim zuständigen Referenten, dass das von uns 2017 geforderte Straßenstück (Mitterhoferstraße) berücksichtigt wird. Ebenfalls bedanke ich mich bei den Mitarbeitern des Magistrates und der eww ag für die Ausarbeitung des Straßenbeleuchtungsprogrammes und die prompten Wartungsarbeiten.



GR. Ruetz: Ganz nach dem Motto „Im Licht ist auch der Schatten heller“, begrüßt die ÖVP-Fraktion dieses Beleuchtungsprogramm. Ja, es gibt in dieser Stadt Wels viel zu tun. Die Stadt wächst und damit auch ihre Infrastruktur. Mit dem Beleuchtungsprogramm 2019 wird jenes Programm aus den Vorjahren fortgesetzt, in dem es um die Errichtung, den Service, die Erhaltung und Erneuerung der Beleuchtungen geht. Das Programm ist auch heuer wieder sehr ambitioniert. Neu errichtete Straßen, wie der Märzenkellerweg, verlangen eine neue Straßenbeleuchtung. Es werden Beleuchtungslücken in einigen Straßenzügen in Angriff genommen und dabei bei der Reihenfolge auf technische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit geachtet. Ein wesentlicher Punkt ist die Erneuerung der Beleuchtung an der Osttangente. Dabei werden 280 Beleuchtungskörper getauscht werden.

Ein sehr wichtiger Punkt ist die Ausleuchtung von Schutzwegen, die auch heuer weiter verbessert wird. Denn die Sicherheit und das Wohl unserer Kinder stehen hier ganz klar im Vordergrund. Beleuchtung ist natürlich ein großes Sicherheitsthema. Es geht um das subjektive Sicherheitsgefühl, welches mit entsprechender Beleuchtung erreicht werden kann. Hier möchte ich auf ein abgeschlossenes Projekt aus dem Vorjahr - auf die indirekte Beleuchtung am Stadtplatz - verweisen. Es konnte die Qualität der Fußgängerzonen am Stadtplatz verbessert werden. Das Sicherheitsempfinden ist dadurch erheblich gestiegen. Dabei wurden 65 Strahler an den Fassaden montiert. Jeder dieser Strahler kann individuell eingestellt werden. Es gibt ein zweifaches Timing in der Nachtzeit, wobei die Beleuchtung jeweils vermindert wird. Diese Art der Einstellung findet bei Bewohnern und Besuchern sehr großen Anklang.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass der Stadtplatz durch diese neue Art der Beleuchtung sehr an Attraktivität gewann. Die Wiederverwendung der demontierten Beleuchtungen des Stadtplatzes war gewünscht, vorgesehen und wird nun umgesetzt. Als verlässlicher und kompetenter Partner für diese Maßnahmen wird die eww Anlagentechnik beauftragt und damit bleibt auch die Wertschöpfung in der Stadt. Für die Ausarbeitung des Straßenbeleuchtungsprogrammes und die hervorragenden Service- und Wartungsarbeiten möchte ich mich an dieser Stelle persönlich bei den zuständigen Mitarbeitern der Baudirektion und der eww ag sehr herzlich bedanken.

GR. Mag. Teubl: „Mehr Licht!“ soll angeblich Johann Wolfgang von Goethe kurz vor seinem Ableben gerufen haben und mehr Licht verspricht uns auch alljährlich das Beleuchtungsprogramm. Wir GRÜNEN sind natürlich sehr froh, dass dieses Beleuchtungsprogramm in den letzten Jahren eine sukzessive Umstellung auf LED-Beleuchtung brachte und damit eine unglaubliche Einsparung von Energie und Kosten. Diese Kostenersparnis verleitet allerdings dazu, dass umso mehr beleuchtet wird.

Wie viel Licht brauchen wir eigentlich wirklich? Sicherlich eine sehr schwierig zu beantwortende Frage, denn hier gibt es streitende Interessen, die in Einklang gebracht werden müssen. Einerseits das Interesse bzw. das Bedürfnis nach Sicherheit im Straßenverkehr, nach Sicherheit für Fußgänger in der Nacht. Auf der anderen Seite gibt es aber auch das Bedürfnis der Natur, so etwas wie „Nacht“ noch zu erleben und das Bedürfnis der Anrainer mit einer Straßenbeleuchtung unmittelbar vor ihrem Schlafzimmer. Diese können nur mit intensiven Beschattungsmaßnahmen dafür sorgen, dass sie in den Schlaf finden.

Es ist hier wichtig den richtigen Ausgleich zu finden. Im Ausschuss wurde mir versichert, dass die jetzt aufzustellenden Leuchten eine Abstrahlung nach oben verhindern und somit die Lichtverschmutzung möglichst gering gehalten wird. Positiv ist auch die eingesetzte LED-Beleuchtung. Die Frage nach der Intensität von Beleuchtung darf nach wie vor gestellt werden. Meiner unmaßgeblichen Privatmeinung nach ist der Stadtplatz nicht ausreichend beleuchtet, sondern überbeleuchtet. Ich empfinde ihn wie eine Flutlichtbeleuchtung in einem Stadion. Auch wenn die Beleuchtung zweimal im Laufe der Nacht abgesenkt wird, so würde doch die eine oder andere Fassade stimmungsvoller erscheinen, wenn diese Absenkung schon früher erfolgen würde. Wird vom Stadtplatz in die Freieingebogen, so ist der Unterschied spürbar. Der Stadtplatz ist überbeleuchtet, in der Freieingebogen ist dann plötzlich eine stimmungsvolle Beleuchtung, wo Touristen vielleicht gerne flanieren. Das bietet einen scharfen Kontrast.

Wir wollen einen Appell an die Verantwortlichen richten die Beleuchtung sehr wohl mit Maß und Ziel zu verbessern und dabei auf die Bedürfnisse in der Natur zu achten und für die sich daraus ergebenden Möglichkeiten technische Maßnahmen zu setzen. Ich habe noch in der Fahrschule über dieses Zeichen von Laternen, die nicht die ganze Nacht über leuchten, gelernt. Das Zeichen habe ich schon lange nicht mehr gesehen und ich weiß nicht, ob es ein solches im Stadtgebiet von Wels noch gibt. Aber vielleicht gibt es tatsächlich Laternen, die nicht die ganze Nacht über leuchten müssten oder es könnte in Wohngebieten die Beleuchtung mit Bewegungsmelder ausgestattet werden, sodass sie sich nur dann einschalten, wenn sie tatsächlich gebraucht werden und nicht die ganze Zeit über völlig menschenleere Straßen beleuchten. Unser Ansinnen wäre das bei den Beleuchtungsplanungen in den kommenden Jahren zu berücksichtigen.

GR. Hufnagl: Zu den Wortmeldungen, dass die Beleuchtung am Stadtplatz sehr gut gelungen ist, möchte ich anmerken, dass jede dieser 65 LED-Lampen 7.000 Euro kostete. Ja, die Wertschöpfung bleibt in Wels und die eww ag ist ein Unternehmen, welches im überwiegenden Eigentum der Stadt Wels steht. Nichtsdestotrotz reden wir von Steuergeld, das hier ausgegeben wird.

GR. KR. Schönberger: Wir haben auf den Schutzwegen in der Maria-Theresia Straße vor einigen Jahren die Beleuchtung in die Straße eingelassen und gesagt überprüfen zu wollen, ob es sich bewährt und zu mehr Sicherheit auf exponierten Schutzwegen führt. Haben wir dazu schon Erkenntnisse, weil in der Planung kein solcher weiterer Schutzweg vorgesehen ist, oder fällt das in das Aufgabengebiet der Straßenmarkierungen?

StR. Lehner: Danke für die intensiven Diskussionsbeiträge. Ich möchte den Dank an die Mitarbeiter des Hauses unterstreichen, die sich hier sehr bemühen vor allem die entsprechenden Normen und Vorgaben einzuhalten. Zur Frage von GR. Mag. Teubl betreffend Lichtintensität darf ich sagen, diese ist in Normen geregelt, welche wir einhalten müssen. Das machen wir natürlich und wir bemühen uns in diesem Zusammenhang sehr die Lichtverschmutzung hintanzuhalten.

Am Stadtplatz bekamen wir großes Lob vom Landeskonservatorium des Bundesdenkmalamtes. Diese sind begeistert von der derzeitigen Situation des Stadtplatzes, von der Wirkung des Raumes und der Gebäude. Das wurde mit Beschluss des Gemeinderates erreicht und dadurch haben wir hier eine neue Qualität.

Dieses Lob ist nur deshalb möglich, lieber Markus Hufnagl, weil diese Lampen sich einzeln ansteuern lassen. Jede einzelne Lampe kann in ihrer Intensität, in ihrem Leuchtkegel individuell eingestellt werden. Dadurch wird das Gesamterscheinungsbild gleichmäßig ausgeleuchtet. Die Höhen sind nicht gleich, die Bauwerke nicht ident, die hochqualitativen Lampen müssen sehr sensibel eingestellt werden – das kostet dementsprechendes Geld.

Ich bin froh über den Vertrag mit der eww Anlagentechnik, weil wir hier die Möglichkeiten zur Überprüfung der Preise auf ihre Marktkonformität haben. Andererseits sieht der Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender der eww ag, ob die eww ag einen überdimensionalen Gewinn aus der Stadt herauszieht. Diesen könnten wir uns zwar indirekt wieder zurückholen, aber beides ist nicht der Fall, weil wir in einer sehr fairen Partnerschaft als Kunde der eww ag sind. Wir werden weder über den Tisch gezogen, noch erhalten wir Schnäppchenpreise, sondern versuchen über Jahrzehnte eine faire Partnerschaft zu haben. Das hilft der Stadt und auch der eww ag, um langfristig und vernünftig planen zu können bzw. uns immer wieder günstige Preise anbieten zu können.

Das Thema Schutzweg ist ein wichtiges Thema. Wir sehen deshalb jedes Jahr Verbesserungsmaßnahmen vor. In der Maria-Theresia-Straße sind mir keine Unfälle bekannt; hier hilft sicher diese Zusatzbeleuchtung. Wir sollten uns das einmal im Detail gemeinsam mit StR. Hoflehner im Verkehrsausschuss ansehen, weil er die Verkehrssituation aus dieser Perspektive kennt. Es soll eruiert werden, ob in Zukunft solche Maßnahmen sinnvoll sind und ob sie zu einer Verbesserung beitragen oder nicht. Das Lob an die Mitarbeiter werde ich weiterleiten und ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 24. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

25.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 57)  
BZ-BauR-5009-2016

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 11.04.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (57. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Nach Abhaltung der Bürgerfragestunde erklärt der Bürgermeister diese Sitzung mit Dank für die angeregte Diskussion für beendet.

## **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 01.07.2019 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*